

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag des C. Meißner Buchdruckerei (GmbH) D. Ström. für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

Nr. 127.

Neuenbürg, Samstag, den 31. Mai 1924.

82. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Seit der Konstituierung des neuen württembergischen Landtages ist eine ganze Woche verstrichen, ohne daß wir der Lösung der Regierungsfrage näher gekommen wären. Der mit der Vorbereitung zur Wahl des württembergischen Staatspräsidenten und zur Regierungsbildung beauftragte Landtagspräsident Körner hat sich dieser Aufgabe bis zum Ende der letzten Woche mit großer Mühseligkeit unterzogen. Innerhalb einer Woche sollte man die Lösung gefunden zu haben und verhoffte einen vom Reichrat gemachten Vorschlag, doch zuerst den Gang der Ereignisse im Reich abzuwarten und sich darnach einzustellen. Um so erstaunlicher war es zu hören, daß die Verhandlungen eingestiegen sind. Man sollte sich über die Schwierigkeiten einer vorzeitigen einzelstaatlichen Lösung getäuscht und will nun als rettenden Ausweg das Ergebnis im Reich abwarten. Nur so ist das plötzliche Scheitern der Verhandlungen in Württemberg zu verstehen, mitverantwortlich dadurch, daß die württembergischen Abgeordneten für den Reichstag, darunter der Landtagspräsident selbst, sich nach Berlin zu den dortigen Verhandlungen begeben haben.

Im Reich haben sich in der letzten Berichtswoge gar seltsame Dinge zugezogen. Auch von der hohen Partei aus sieht man zur Zeit nicht klarer als in den Provinzparlamenten. Zwar geben die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich hin und her, werden abgebrochen und wieder aufgenommen, aber auch hier ohne Resultat. Täglich wird eine Entscheidung der Parteiverhandlungen angekündigt, und täglich wird auch eine weitere Verzögerung gemeldet. Die Mittelparteien haben eine Koalition mit den Deutschnationalen von der Einhaltung von genau festgelegten außenpolitischen Richtlinien abhängig gemacht. Ueber die Beurteilung der von der Rechten hierauf eingegangenen Antwort, die noch geheim gehalten wird, besteht unter den Mittelparteien selbst Zwiespalt. Während das Zentrum als eine glatte Ablehnung ihrer Forderungen ansieht, hat die Deutsche Volkspartei sie als für die Fortsetzung der Beratungen wohl geeignet. Aber das Zentrum wurde noch größer, als auf das Drängen der Deutschen Volkspartei hin das Kabinett Marx-Striehmeyer seinen Rücktritt erklärte, um, wie es nach den Forderungen der Deutschen Volkspartei hieß, die Bahn freizumachen für die verfassungsmäßige Aufgabe des Reichspräsidenten, eine den neuen parlamentarischen Verhältnissen entsprechende Regierungsbildung herbeizuführen. Das bedeutet ein Eingeständnis der eigenen Unfähigkeit der Parteien selbst eine Lösung aus dem Dilemma zu finden, und ein Abwählen der Aufgabe auf das Reichsoberhaupt. Da man die Rechte bei Ablehnung des außenpolitischen Programms der Mitte auf eine Mehrheit im Parlament nicht rechnen kann, dürfte ein Wiederkehr des Kabinetts Marx zu erwarten sein. Dieser ist inzwischen vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts betraut worden, das er auf breiter bürgerlicher Grundlage zu errichten gedenkt.

Inmitten der Verhandlungen hat der neue deutsche Reichstag seine erste Sitzung in einer geradezu unwürdigen Weise begonnen. Das Angekündigte ist leider zur Tatsache geworden. Mit Sirenen und Ausbuben wurde der Tag zu dem Eröffnungskonzert im Reichstag gegeben. Die Folge waren störende Zwischenfälle und ein Chaos, deren sich nicht nur die Zuhörer, sondern auch die Hörer, nämlich das ganze deutsche Volk, das solche Reize zu seinen tonangebenden Vertretern wählen zu schämen hat. Die erste Tagung war ein Beweis vollständig mangelnden guten Willens, vor dessen schwerwiegenden Folgen in unserer Innen- und Außenpolitik nicht nachsichtig genug gewarnt werden kann. Die Auslandspresse hat bereits ihr vernichtendes Urteil gesprochen.

Während bei uns alles noch in der Schwebe ist, zielen die Vorgänge in Frankreich, wo auch die Frage der Regierungsbildung im Vordergrund steht, immer klarer auf einen Abschluß hin. Dort heißt der kommende Mann Derriot. Sein Programm, der Welt den wahren Frieden und Gerechtigkeit Frankreichs Sicherheit und Entschädigungen zu gewährleisten, das er inoffiziell bereits verhandelt hat, unterscheidet sich von dem seines Vorgängers, der auf 1. Juni endgültig zurücktritt, nur in den Methoden, nicht aber in den letzten Zielen. Eine Wahrung wird vorerst jedenfalls Wab greifen. Wie weit dies einen Fortschritt auf dem Weg der gegenseitigen Verständigung bedeutet, wird sich bei den Beratungen über die Durchführung des Sachverständigenprotokolls erweisen.

Es ist schon lange her, daß wir in Europa keine Konferenz, auf der die Staatsmänner sich ausprechen konnten, mehr hatten. Es erregt daher keineswegs Verwunderung zu hören, daß eine neue solche Zusammenkunft, und zwar bei der Väterbundversammlung, die im September in Genf tagen wird, bereits hat Macdonald wissen lassen, daß er an ihr teilnehmen werde, und auch Derriot hat vorläufig sein Erscheinen angefragt. Die anderen Regierungschefs werden sich dem zweifellos anschließen und ein auf den Sachverständigenbericht gegründetes Programm beraten. Die Einladung des deutschen Reichslandtags hierzu steht zwar noch nicht fest, ist aber mit Sicherheit zu erwarten, wenn die Beratungen überhaupt von einem praktischen Erfolg begleitet sein sollen.

Deutschland.

München, 30. Mai. Im Landtag haben sich die Deutschnationalen, die vereinigte Rechte der Wala und die Nationalliberalen zu einer Fraktion zusammengeschlossen und haben dadurch 19 Mandate. Der Name Bayerische Mittelpartei ist nunmehr vollkommen aus dem vorkrieglichen Vokabularium verdrängt. Die neue Fraktion hat sich den Titel „Fraktion der Deutschnationalen, der vereinigten Rechten der Wala und der Nationalliberalen Partei“ beigelegt. Führer ist der Abgeordnete Professor Dr. Hilbert.

Was man in Preußen auch wie in Württemberg ab?

Es ist naheliegend, daß man die Frage vorlegt, ob in Preußen auch abgebaut worden ist. Der Württemberger ist bekanntlich immer dazu geneigt, Preußen mit einem gewissen Mißtrauen zu beggnet. Was nun den Beamten- und Besoldungsabbaubetrifft, so hört man vielfach, Preußen überlasse es den Württembergern, die in Berlin gemachten Verordnungen und dergl. durchzuführen. So sei es auch beim Abbau. Wieviel daran wahr ist, wollen wir nicht unteruchen. Jedoch soll Württemberg und Hohenzollern etwas miteinander vergleichen werden. Hohenzollern mit seinen vier Oberämtern ist ungefähr so groß wie zwei mittlere Oberämter in Württemberg zusammen. Ueber den Oberämtern steht in Württemberg ein Regierungspräsident. In Württemberg stand bei ihrer Aufhebung als nächst höhere Behörde über den Oberämtern eine der vier Kreisregierungen des Landes; auf eine dieser Kreisregierungen fielen 14-17 Oberämter. Die vier Kreisregierungen hatten bei ihrer Aufhebung insgesamt 76-80 Beamte einschl. der Hausmeister und Schreibfranken und 63 Oberämter unter sich gehabt. Das Regierungsdirektorium in Württemberg, dem vier Oberämter in der Größe von zwei mittleren oder kleineren württembergischen Oberämtern unterstellt sind, beschäftigt dagegen nicht weniger als 62 Beamte und Angestellte. Abgebaut wird von diesem niemand. Das Oberamt Hammertingen sollte aufgehoben werden, damit wird es aber auch nicht. Wir wollen keineswegs mit diesem Vergleich den Wunsch verbinden, die nun aufgehobenen Kreisregierungen, deren Aufhebung übrigens, wie man hört, mit ungewöhnlicher Härte ihren Beamten gegenüber erfolgt ist, wieder ins Leben zu rufen, vielmehr nur darauf, wie man in Württemberg gleich vorgeht, wenn in Berlin ein Wind weht.

Nationalsozialistische Anfragen.

Berlin, 30. Mai. Die nationalsozialistische Freisprecherei hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: „In die Reichsregierung lernen, umgehend offiziell und mit adrem Nachdruck und mit Veröffentlichung aller einschlägigen Akten die Frage der Schuld am Weltkrieg aufzuklären, um endlich dem Friedensvertrag von Versailles, dem Londoner Diktat und dem Sachverständigenprotokoll die Grundlage zu nehmen? Ist die Reichsregierung ferner bereit, unter Veröffentlichung der einschlägigen Akten die Frage zu erklären, ob während des Krieges die Möglichkeit der Verbeiführung eines Friedensschlusses gegeben war?“

Sozialdemokratische Interpellationen.

Berlin, 29. Mai. Die Sozialdemokraten haben folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: „Die Justiz, insbesondere die bayerische, hat in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit scharfe Beurteilungen erfahren. Sogar in angelegenen Rechtsschriften wird der bayerischen Rechtspflege der schwere Vorwurf der Willkür gemacht. Sichert der Reichsregierung ist es, Hüter der Unparteilichkeit der deutschen Justiz zu sein. Was wird die Reichsregierung dagegen tun, daß Recht und Gerechtigkeit in Deutschland parteiisch angewandt werden?“ Eine zweite sozialdemokratische Interpellation bezieht sich darüber, daß die Obergerichtsanwaltschaft Klage erhebt und das Reichsgericht Beurteilungen einleiten läßt in Fällen, in denen Angeklagte Mitteilungen gemacht haben über illegale Verbände oder über illegale Ziele, die legal bestehende Organisationen verfolgen, oder über Verbindungen solcher Organisationen mit Reichswehrstellen oder über bestehende geheime Waffenlager.“

Das läßt tief Miden.

In Berlin gibt es „bekenntnisfreie“ Volksschulen. Vom Wesen, der in diesen Schulen herrscht, gibt das Geschehen einen Begriff, in dem der Rektor einer Schule keine Befreiung erbat. Er begründet sein Verlangen u. a. damit, daß eine Elternversammlung keine Entfremdung verlangen hätte: „1. weil er nicht aus der Landeskirche ausgetreten sei; 2. weil er im Unterricht noch immer mit dem Gottesbegriff operiere; 3. weil er es ablehne, ein politisches Bekenntnis abzulegen; 4. weil er auf Ausflügen usw. Schleifen in politischen Kampfkampfen unterlag habe; 5. weil er das Singen politischer Kampflieder in der Schule und auf Ausflügen nicht gestattet habe; 6. weil er sich von den Kindern nicht die Anrede „Genosse“ habe gefallen lassen; 7. weil er in Konferenzen und auch sonst den Grundgedanken der Politik nicht in die Schule; 8. weil er aus all diesen Gründen der schlimmsten Reaktionär in der Schule sei.“ — Auch andere Lehrer und Lehrerinnen haben wiederholt ihre schmerzliche Verletzung von solchen Schulen aus ähnlichen Gründen beantragt. In einem Schreiben heißt es: „Wenn ich geglaubt hätte, durch meine Mitarbeit an der bekennnisfreien Schule den Fortschritt zu fördern, so müßte ich bald einsehen, daß mein Ideal ein anderes war als das der Eltern. Während für mich ein wesentliches Merkmal dieser Schule die Erziehung zur Duldsamkeit und zur Gemeinschaft ist, verlangt ein großer Teil der Eltern eine Erziehung zum Klassenkampf.“ Eine Lehrerin schrieb: „Ein großer Teil der Eltern wünscht eine politisch einseitig gerichtete, abseitige Proletariatschule, die den Klassenkampf lehrte und zwar in der radikalsten Form.“

Som würdelosen deutschen Mittel.

Die Franzosen schätzen bekanntlich jeden Deutschen von ihren fortwährenden Beleidigungen aus. Und wenn, wie es dieser Tage in Rizza beim Breiessen geschah, ein Deutscher sich beteiligt und als Sieger aus dem Kampfe hervorgeht, dann steht dieser Deutsche in — italienischer Uniform und hegt für Italien. Wir aber sind weit demokratischer. In Berlin konnten am vorletzten Sonntag zwei Franzosen von den Großen Radel von Berlin mitfahren. Wenn nicht zufällig ein Schweizer, sondern ein Franzose den Sieg im Stadion errangen hätte, dann wären die 24 000 Zuschauer genau so, vielleicht noch mehr, begeistert gewesen, als wenn ein

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile ober deren Raum im Blatt 15, auh. 20 Goldpf. Rekl.-Zeile 30 Goldpf. m. Anl.-Steuer, Kollekt.-Anzeigen 100, Zuschlag. Offerte und Ausschreibung 20 Goldpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Verabredungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Belgien genese wäre. Als ein Belgier, der Streit mit deutschen Fahrern hatte, ausgewiesen wurde, und zwar mit Recht, da häumte sich das „deutsche Empfinden“ der 24 000 Radel auf und nahm larmend für den Belgier Partei. Wir Deutschen sind eben — „objektiv“, nicht als „objektiv“, und sind riesig stolz darauf und auf den „völkerverbindenden“ Sport, wie wir ihn treiben, wenn auch das deutsche Empfinden dabei zum Teufel geht!

Ausland.

Gericht über ein Attentat auf Derriot.

Ueber Prag — ausgerechnet über Prag! — kommt die Meldung, gestern nachmittag sei auf Derriot ein Revolverattentat verübt worden, als er mit dem General Gafelnau nach Lyon fahren wollte und den Zug auf dem Nordbahnhof bestieg. Der Täter, der ein Robalst sein soll, wurde verhaftet. General Gafelnau, der sich vor Derriot stellte, um ihn zu schützen, sei verletzt worden. — Die Nachricht, die bisher noch nicht bestätigt wurde, lag bis heute früh nur in der Prager Meldung vor, ist also im höchsten Grade mit Vorsicht zu genießen.

Aus dem Briefwechsel Macdonald-Poincare.

Mittwoch abend wurde in Paris und London gleichzeitig der Briefwechsel Poincare-Macdonald veröffentlicht. Er besteht aus fünf Briefen, von denen der erste am 14. Mai von Poincare an Macdonald gerichtet wurde. In diesem Briefe kündigt er den bevorstehenden Rücktritt des französischen Kabinetts an und bedauert, nicht nach London kommen zu können. Ausführlich spricht dann Poincare in diesem Brief über die Stellung Frankreichs zur Ruhrbesetzung. Für Deutschland ist in diesem Austausch von Lebensarten nur der Standpunkt Poincares zur Räumung des Ruhrgebiets wesentlich. Poincare sagt, die Sachverhalte haben in keiner Weise zu verstehen gegeben, daß mit der Räumung der militärischen Besetzungszone unbedingt verbunden sei. Ich weiß sehr gut, daß keine einzige englische Regierung die militärische Besetzung der Ruhr anerkannt hat, obwohl dieselbe für uns nie ein Endwech, sondern lediglich ein Mittel bedeutete. Niemand und vor allem ich denke nicht daran, Wüstimmung zu erwecken, die ich, wie Sie selbst, befürwortet haben möchte.“ Dann stellt Poincare fest, daß er immer noch bereit wäre, die Ruhr in dem Maße zu räumen, als Deutschland besahle und daß dies heißen wolle, er sei bereit, dieses so bald als möglich zu tun. Im weiteren Verlauf des Briefes unterteilt Poincare die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Wäandern in den Händen Frankreichs, da die Möglichkeit eines Wiederstandes Deutschlands nicht von der Hand zu weisen sei. Die Antwort Macdonalds ist sehr zurückhaltend. In einer bestimmten Erklärung über die Räumung des Ruhrgebiets findet er aber nicht den Mut.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgedanken.

Feiertag.

Alles Feierns Sinn, Jod und Jubelgriff heißt: Du sollst vom Feiertag gesegnet werden. Du sollst nicht wirken, sondern auf dich wirken lassen. Du sollst dich nicht hängen, ein schweres Gebot zu erfüllen, sondern sollst dich entspannen und dem Feiertag Hül und demütig volle Gewalt über dich geben, so wie sich ein kleines Kind zur Feiertage der Mutter darlegt, daß sie mit ihm tue nach ihrer Liebe und es freude, einwiege und in schöne Träume sinne. Meiner Guntram.

Weit in das Land die Ström ihr Silber führen, fern blau Gebirge duffig hingezogen, die Sonne scheint, die Baume sanft sich rühren, und Blondenlang kommt auf den Linden Bogen; hoch in den Lüften Verden jubiliere, und so weit klar sich wölbt des Himmels Wogen, von Arbeit ruht der Mensch rings in der Runde, atmet zum Herren auf aus Dergensgrunde. Eichenbarff.

Neuenbürg, 31. Mai. (Aus der Bezirksratssitzung vom 29. Mai 1924.) Von den im Beamtenwohngebäude vorhandenen 5 Wohnungen wird eine für Kanzleien des Verwaltungskamrats Kienle, der Bezirksfürsorgestelle und des Bezirksarbeitsamts, sowie des Oberamtsgeometers Bonnet vorbehalten, sodann je 1 Wohnung an Oberamtsgeometer Bonnet, Verwaltungskamrat Kienle und Kassier Schmaus vermietet. Ueber die Verwendung der Dachbodenwohnung wird später Bescheid gefaßt werden. — Die Tagesordnung für die Amtsversammlung wird dem Antrag des Vorsitzenden entsprechend aufgestellt und von den eingetommenen Wahlberechtigten für die Bezirksratswahl Kenntnis genommen. — Dem vom Oberamt gestellten Antrag auf die Kreisregierung Rantlingen auf Rückgabe sämtlicher Eiderbeisleistungen wird zugestimmt. — Der Schotterbeifahrtstaxi wird genehmigt und die Dienstzeit der Bezirksstrafenwärter neu geregelt. — Bezüglich der Frage der Auflösung des Bezirksverbandes Jugendamt Calw wird mit dem Bezirksrat Calw verhandelt und eine Neuerung zur finanziellen und personellen Lösung abgegeben. — Der Vorschlag des Bezirksarbeitsamts wird dem Vorschlag des Verwaltungsausschusses entsprechend aufgestellt und die Anerkennung verschiedener Strafenverbesserungen als Notstandsarbeiten, weil die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten sind, abgelehnt. — Der Unterbringung, iffeziale Behandlung und des Fahren des neuangekauften Krankenkrastwagens wird der Krastwagengesellschaft m. b. H. Neuenbürg übertragen und die Benützunggebühren festgesetzt. — Nach Beendigung der Tagesordnung wurde der Krankenkrastwagen von den Benützern in Gaggenua übernommen. R.

1.-4
989 tagt
10.06
10.12
10.18
10.29
10.37
10.44
10.50
10.57

2.-4
990 tagt
8.46
8.51
8.56
9.02
9.07
9.11
9.15
9.21
9.27
9.32

3001
säbnt
200 säbnt
schdem ich
wehen die
nur ein
er Stelle
an Hand
leitung des
folgenden
Schmäpfe
sichsäbnt
mit offe
sehhalb die
nicht sie
hinter ei
Ich war
necin mit
dem Arm
nicht
und noch
er ordent
end der
jemwollt
sistole ge
bt hatte.
Ich die
vorlegte.
im Schaden
nigungen
mittel mit

achmittag
in-Bon-
zerrüm-
dabange-

Himmel-
Schlachhof
ungelaber,
3) und 15
n: Dahn
llen 1. 28
44 (una),
23-32),
3-48), 2.
9-52), 2.
es: lang-

erlassen
in dem
er aufzu-
arbeiter-
nmissionen
in Ju-
n Baro-
eine Be-
dergt.
Deutsch-
die Par-
tag wird
mentre-
Bechlüsse

ati" und
eige des
ife des
Lokal-
Volks-
ng her-
ist ein
arbeitet
werord-
jederaet
besichtigt
er Pen-
as aus
Prü-
Ent-
orange-

läure
Hög.
Anzyl

gänger Beschäftigung durch die Reichsregierung alsbald gegeben.

Berlin, 30. Mai. Die deutsche Regierung hat dem Generalsekretariat des Völkerbundes auf seine Aufforderung zur Stellungnahme zu dem Plane der Schaffung eines Weltnothilfevereins geantwortet, daß sie dem Entwurf lebhaftes Interesse und lebhaftes Sympathie entgegenbringe und gerne bereit sei, sobald auch die übrigen Regierungen ihr Einverständnis erklärt haben, an der Durchführung der Idee mitzuwirken.

London, 30. Mai. Dem politischen Berichterstatter der "Daily Mail" zufolge verlautet, daß MacDonald von Mussolini eingeladen wurde, mit ihm in der Schweiz zusammenzutreffen, um die internationale Lage zu erörtern. MacDonald schloß über der Einladung nicht entzwei, da es nach Ansicht der britischen Regierung wesentlich sei, zunächst die Bildung der neuen französischen Regierung abzuwarten. Darauf müsse ohne Verzögerung die Konferenz der alliierten Premierminister einberufen werden.

Die neue Note zur Militärkontrolle.

Berlin, 30. Mai. Die Antwortnote der Entente auf die deutsche Note vom 31. März in der Frage der Militärkontrolle ist heute vormittag beim Auswärtigen Amt beschickt. Ueber den Inhalt können wir folgendes mitteilen: Die Note betont, daß die Alliierten keineswegs die Absicht haben, die Existenz der Kontrollkommission zu verweigern, aber sie bringt zum Ausdruck, daß, um diese Existenz abzurufen, die früher geforderte Generalinspektion des deutschen Rüstungsstandes durch die Kontrollkommission nach Ansicht der Alliierten unerlässlich sei. Sie fordert bis zum 30. Juni eine endgültige Antwort, ob Deutschland diese Generalinspektion zulassen will und falls für den Fall, daß diese Antwort bejahend und die darauf vorgehende Generalinspektion befriedigend ausfällt, die Beschränkung der Kontrolle auf die sogenannten fünf Punkte unter gleichzeitiger progressiver Abbau der Kontrollkommission in Aussicht. Das Projekt eines Garantiefondes wird fallen gelassen. Die fünf Punkte sind: 1. Reorganisation der Polizei; 2. Umstellung der Kriegsindustrie; 3. Auslieferung der restlichen Bestände an nicht zugelassenem Kriegsmaterial; 4. Auslieferung der Dokumente über das deutsche Kriegsmaterial im Zeitpunkt des Waffenstillstandes, über die Produktion der deutschen Fabriken während des Krieges und beim Waffenstillstand; 5. Erlaß der einzelnen Gesetze zu dem Zweck, die Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial tatsächlich zu unterbinden und die Rekrutierung und Organisation der deutschen Armee in Einklang mit den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrags zu bringen. Die Note der Vorkonferenz führt ferner aus, daß die Alliierten, die seit beinahe zwei Jahren keine Kontrollhandlungen hätten vornehmen können, sich vergewissern wollen, ob Deutschland sich in den militärischen Beziehungen in einem Zustand befindet, der die Aufrechterhaltung ihres Vorschlags vom 20. September 1922 rechtfertigt. Die Inspektion soll in einer Reihe von Besuchen bestehen, die nach Meinung der Alliierten in einem kurzen Zeitraum, nämlich in drei bis vier Monaten, beendet sein können, vorausgesetzt, daß sie keine ernstliche Verletzung der Vertragsbestimmungen zuzugehen fördern. Nach einer abschließenden Erörterung der von der deutschen Regierung gemachten Anregungen, die Durchführung der Kontrollhandlungen einem anderen Organ als der gegenwärtigen Kontrollkommission anzuvertrauen, und nach einem gleichfalls ablehnenden Hinweis auf den deutschen Vorschlag, daß die Kontrolle der fünf Punkte künftig nicht auf Grund einer einseitigen Entscheidung einer internationalen Kommission, sondern im Einvernehmen mit Deutschland ausgeführt werden soll, erklärt die Note der Vorkonferenz in einer abschließenden Zusammenfassung: Die Alliierten können die deutsche These nicht annehmen. Die Kontrollhandlungen lassen nur zwei Lösungen zu: entweder lasse die deutsche Regierung die Generalinspektion zu, nach welcher sollten ihre Ergebnisse zufriedenstellend sein, die Kontrolle auf die fünf Punkte beschränkt werde, oder die deutsche Regierung verzichte auf der Zurückweisung des Ausbittens der Alliierten. Im letzteren Falle haben die Alliierten, ohne auf der früher geplanten Einräumung eines Garantiefondes zu bestehen, die Absicht, (sobald als möglich nach der Generalinspektion zu einer progressiven und sehr erheblichen Herabsetzung des Personalstandes der Kontrollkommission zu streben. Sie haben ferner kein Verlangen danach, die Existenz der Kontrollkommission ins Unbegrenzte zu verlängern. Sie glauben vielmehr, daß diese ihre Arbeiten binnen einer Frist beendigen kann, welche die deutsche Regierung durch ihre lokale und vollständige Mitarbeit wesentlich abzukürzen in der Hand hat. Im zweiten Fall verlangen die alliierten Regierungen die strikte Anwendung des Vertrags und die Aufrechterhaltung der Kontrollkommission in ihrer jetzigen Form bis zu dem Augenblick, in dem alle vertraglichen Bestimmungen, zu deren Durchführung eine zeitliche Grenze gesetzt ist, restlos durchgeführt sind. Die gegenwärtige Situation könne nicht länger aufrechterhalten werden und die Alliierten rechnen darauf, daß die deutsche Regierung verstehen werde, im allgemeinen Interesse ohne Bezug auf endgültigen Lösungen zu kommen.

Gegenüber der neuen Militärkontrollnote muß, vorbehaltlich weiterer Ausführungen, jetzt schon mit Nachdruck auf den wiederholt kundgegebenen deutschen Standpunkt hingewiesen werden, daß die Tätigkeit der Kontrollkommission laut Versailler Vertrag auf bestimmte Fristen gebunden ist, und daß mit dem Ablauf dieser Fristen die Kontrolltätigkeit automatisch hätte aufhören müssen.

Abgabe der Deutschnationalen.

Berlin, 30. Mai. In einer heute abend einstimmig gehaltenen Entscheidung erklärt die deutschnationale Fraktion, daß sie auf eine Aenderung in der auswärtigen und der inneren Politik nicht verzichten könne. Da die von dem bisherigen Reichskanzler Dr. Marx geführten Verhandlungen namentlich auch was die entsprechende Aenderung in Preußen anbetreffend, keine Gewähr für die vorausgesetzte Aenderung bieten, verspricht sich die deutschnationale Fraktion von einer Fortsetzung der Verhandlungen keinen Erfolg. Wie in parlamentarischen Kreisen bekannt, ist nicht anzunehmen, daß auf Grund des abschließenden Beschlusses der deutschnationalen Fraktion Reichskanzler Dr. Marx seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurückgeben wird.

Berlin, 31. Mai. Nach Informationen von deutschnationaler parlamentarischer Seite wurde in den Verhandlungen der letzten Tage von den Deutschnationalen die Tirpitz-Lösung immer wieder verfochten. Gegen die Marz-Lösung wurden von ihnen verschiedene Bedenken erhoben. Es sei auch stets hervorzuheben worden, daß die Marz-Lösung nur dann erfolgreich erscheinen könne, wenn die Deutschnationalen solche Vorschläge gemacht würden, daß ihr Einfluß nach jeder Richtung hin ausreichend gesichert sei. Beim Verbleiben des Kanzlers würde die Beibehaltung auch noch des Ministers des Reichens für die Deutschnationale Volkspartei ein Ding der Unmöglichkeit sein. In dieser Beziehung sei bei den Verhandlungen nicht die geringste Unklarheit gelassen worden.

Thormann-Granzl-Prozess.

Berlin, 30. Mai. Im Thormann-Granzl-Prozess sagte, der A. S. zufolge, der Junge Kettenborn aus, am 4. Januar

1924 habe Thormann ihm erklärt, er könne aus München mit dem Auftrag zur Ermordung Sechts und Kettenborn habe ihm dabei zu helfen Kettenborn habe eine Darstellung seiner Unterredung beim Oberkommissar für öffentliche Ordnung hinterlegen lassen. Nach der Verhaftung der beiden Angeklagten sei er aufgefordert worden, Klaf aus dem Spiele zu lassen. Klaf sei bereit, seine ablehnende Haltung gegen die Freizeitspartei aufzugeben und mit ihr zusammenzuwirken, wenn er in dieser Sache aus dem Spiele gelassen würde. Es fand tatsächlich eine Unterredung zwischen Klaf und Granzl statt; doch war sie wohl ergebnislos. Bis zum 15. Januar, sagte Thormann zu Kettenborn, muß General von Secht unbedingt fallen; sonst ist die geplante anderweitige Unternehmung nicht mehr durchführbar. Thormann drängte zur Ausführung. Wir hatten durch Geheimrat Willeisen General von Secht bitten lassen, an jenem Tag nicht im Zatterjall zu reiten. Thormann riet mir zur Flucht nach Langensalza. Von dort aus sollte das nächste Attentat vorbereitet werden. Auf eine Frage des Generalstaatsanwalts erwidert Kettenborn: Die Persönlichkeit, die geraten hat, Justizrat Klaf aus dem Spiele zu lassen, ist Graf Kettenborn. — In der heutigen Verhandlung des Prozesses wegen des Attentatsplanes gegen General von Secht teilte der Vorsitzende mit, daß von Secht erst am Samstag vormittag vor Gericht erscheinen könne. Infolgedessen werde auch die weitere Vernehmung des Jungen Klaf auf Montag verlagert. An die Vernehmung des Jungen Kettenborn schloß sich die Vernehmung des Studenten Köpfe. Er erklärte, daß Kettenborn ihm von dem bevorstehenden Attentat erzählt habe und erklärt habe, daß es verhindert werden müsse, damit die Deutsche Freizeitspartei nicht als Mörderpartei gekennzeichnet würde. Thormann habe Dr. Granzl als primus rector des Anklages bezeichnet und gesagt, Secht müsse befeitigt werden. Er, Köpfe, solle den Anschlag ausführen und sich danach der Polizei stellen. Er würde dann Gelegenheiten zur Flucht erhalten. Wenn der Junge Seccat läge, so würde er, wie Thormann ihm angedeutet habe, um die Ecke gebracht werden. Auch Dr. Granzl habe ihm zur Tat Mut zugesagt und gesagt, es käme immer auf die Tat an; seine Tat würde Deutschland sehr helfen.

Landesverrat.

Weslau, 31. Mai. Vor dem Strafsenat des hiesigen Oberlandesgerichts standen der Volksschullehrer und Amtsvorsteher Nibel aus Kammerwisch (Kreis Müllrich), der Volksschullehrer Malochy, der Dekorationsmaler Wilhelm Kreise und der Gehilft Jozech Weide, sämtlich aus Powitz (Kreis Müllrich) wegen verübten Landesverrats. Die Defensivität war ausgeschlossen. Verurteilt wurden Nibel und Malochy zu je 6 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust und Weide zu 1 Jahr Gefängnis. Den Angeklagten, die sich im Oester Gerichtsgefängnis in Untersuchungshaft befinden, werden 5 Monate der Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet. In der Urteilsbegründung wird angeführt: Den Angeklagten war bekannt, daß sich in ihrem Heimatort ein Waffenlager zur Grenzsicherung befand und daß diese Waffen gegen einen evtl. Poleneinfall benutzt werden sollten. Die Angeklagten haben versucht, diese Waffen den Polen in die Hände zu spielen und erhoften vom Verkauf finanzielle Vorteile. Erwähnenswert ist insoweit, daß die beiden er genannten Angeklagten dem Volksschullehrerstande angehörten und der Gemeinde mit gutem Beispiel hätten vorzugehen sollen. Beiden wurden mildernde Umstände zugestanden.

Der Feldzug gegen Millerand.

Paris, 30. Mai. Die Presse des linken Blocks setzt mit unverminderter Heftigkeit die Kampagne gegen den Verbleib Millerands als Präsident der Republik fort. So wiederholt der sozialistische "Populaire" heute früh, daß es auf der Hand liege, daß der demokratische und sozialistische Sieg vom 11. Mai nicht nur über Poincare, sondern auch über Millerand erfolgt sei. Jener habe das bereits begriffen und sich zurückgezogen, dieser, der weniger geneigt sei, dem klar angesprochenen Willen der Wähler Folge zu leisten, flammert sich an sein Amt und scheint bleiben zu wollen. Das Blatt erklärt dann, daß von den radikalen Parteien nicht auf die Mitarbeit der sozialistischen Elemente gerechnet werden könne, wenn sie nicht vorher läßt seien, Frankreich von diesem Mann zu befreien. "Sprecht und nicht", erklärt das Blatt, "von einem Sieg, wenn ihr nicht läßt seid, ihn durch einen ersten Akt der politischen Sauberkeit einzuleiten." Noch heftiger äußert sich der radikale "Quotidien", der schließlich, daß unter dem unüberwindlichen Druck der öffentlichen Meinung Millerand von Tag zu Tag etwas mehr abhand. Das Blatt erinnert daran, daß in dem ähnlichen Präzedenzfall der Präsident Mac Mahon drei Monate zur Abhandlung brauchte, daß aber drei Tage für Millerand genügt. Der sozialistische Kongress des Seinedepartements hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß der Präsident der Republik, Millerand, der sich zu Gunsten der Kräfte der Reaktion an dem öffentlichen Kampf beteiligt habe, dadurch die Pflichten seiner Stellung verkannt habe. Die parlamentarische Kammergruppe werde deshalb aufgefordert, jedem Ministerpräsidenten die Stimme zu verweigern, der sein Amt aus den Händen Millerands entgegennehme.

Englische Beschnidungsbedenken.

London, 30. Mai. Wie der "Daily Telegraph" meldet, ist man in englischen Regierungskreisen wenig erbauet darüber, daß es Poincare unmittelbar vor seinem Rücktritt gelungen ist, die Vorkonferenz zu veranlassen, in beschleunigtem Tempo die Antwortnote an Deutschland in der Frage der Militärkontrolle abzuschicken. Der englische Vertreter in der Vorkonferenz soll sich im Auftrage von MacDonald nachdrücklich dafür eingesetzt haben, daß die Antwort jedenfalls nicht abgeben soll, bevor die neuen Regierungen in Deutschland und Frankreich gebildet seien, da man englischerseits offenbar auf ein williges Eingehen Frankreichs auf die deutschen Gegenvorschläge hoffe. Das Blatt meldet ferner, daß auf Englands Initiative hin der Völkerbund auf einer bevorstehenden Tagung in Genf dem Abrüstungsansatz des Völkerbunds den Auftrag erteilen werde, bis zur Völkerbundsversammlung im Dezember alle Vorbereitungen zu treffen, damit dem Völkerbund und seinen Organen die Abwicklung der Militärkontrolle in Oesterreich, Ungarn und Bulgarien übertragen werden könne. Diese Vorbereitungen sollten die Grundlage für einen englischen Vorschlag bilden, auch die letzten Reste der Militärkontrolle in Deutschland von Organen des Völkerbunds ausführen zu lassen.

Englische Zustimmung zu einem Flottenabkommen mit Italien.

London, 30. Mai. MacDonald hat gestern die italienischen Journalisten im Auswärtigen Amt empfangen und ihnen erklärt, daß man auf englischer Seite bereit sei, ein englisches-italienisches Flottenabkommen für das Mittelmeer in Erwägung zu ziehen, während England dagegen eine Neutralität des Mittelmeeres ablehnen müsse. Von englischer Seite wurde dann noch die Erklärung abgegeben, daß das Angebot von Bonar Law, das er auf der Pariser Konferenz im Januar 1923 gemacht habe, die alliierten Schiffe an England zu streifen, jetzt keine Gültigkeit mehr habe, da es an die Bedingung gebunden war, daß die anderen Alliierten den von Bonar Law ausgeschickten Zahlungsplan für die Reparationen annehmen würden, was damals nicht geschehen ist.

Sprechsaal.
(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingekandt übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzliche Verantwortung.)
Essentielle Anfrage. Wie lange steht es noch an, bis wir die von der Gemeinde Neuenbürg für die Parzelle Fiegelhütte bezogene Hydranten-Anschlüsse bewirkt bekommen? Was es vorher hier oben brennen, bis die Behörde unten einzieht, daß die Vöschvorrichtungen keine 1/2 Stunde vom Blase entfernt untergebracht werden sollten. Was würde die staatliche Brandversicherung zu diesem miserablen Zustand sagen, den wir in bezug auf Feuerlöschrichtung seit der Eingemeindung hier oben haben. Möchte doch der Bezirksrat nicht nur reden, sondern auch tun.

Jagdpolizei.
Dem Jagdausscher Graf Jüd von Conweiler ist auf Antrag des Jagdpächters J. Schmid, Dentist in Forzheim, die polizeiliche Jagdaufsicht und die Aufsicht über den Schutz der nächtlichen Vögel auf den Gemeindefarmungen Conweiler, Feldennach und Schwann auf die Dauer des Pachtverhältnisses des Antragstellers in widerruflicher Weise übertragen worden.
Jüd ist gemäß § 3 Abs. 2 der Verfügung des Ministeriums des Innern und der Finanzen betr. die Handhabung der Jagdpolizei vom 17. Februar 1882 (Reg.-Bl. S. 76) befugt, innerhalb des genannten Aufsichtsbereiches von den bei der Jagdausübung betroffenen Personen die Vorweisung bzw. Abgabe der Jagdkarte zu verlangen und genießt den Schutz der §§ 117-119 d. R.-Str.-G.-B.
Neuenbürg, den 30. Mai 1924. **Oberamt:**
Amtmann Hedel.

Betr. Krankentransport.
Es wird öffentlich bekannt gegeben, daß dem Bezirkskrankenhaus für den Transport von Schwerkranken jetzt ein Krankenkraftwagen zur Verfügung steht, dessen Benützung den Krankenkassen und Fürsorgestellen sowohl als auch Privaten empfohlen wird. Der Wagen sollte nur in schweren Krankheits- und Unglücksfällen in Anspruch genommen werden und es wird der behandelnde Arzt in der Regel das Bedürfnis bestimmen. Die Bestellung des Wagens geschieht beim Bezirkskrankenhaus Telefon Nr. 62. Letzteres ist auch an den nächtlichen Unfallmeldebedienstet angegeschlossen.
Die Gebühren für die Benützung des Wagens betragen bis auf Weiteres:
a) für jeden gefahrenen Km. innerhalb des Bezirks 70 Pfg. Rindfleischgebühr 6 Mark.
b) für eine Begleitperson 80 Pfg. pro Stunde.
c) Zuschläge bei Nacht- und Sonntagsfahrten 10 %.
Krankenhausverwaltung: Käbier.

Württemb. Forstamt Langenbrand.
Die Arbeiten über die Planie eines Holzabfuhrwegs im Staatswald Nord. Bähl Abt. 3 und 4 mit einem Kostenvoranschlag von 900 Goldmark wird im Submissionsweg vergeben.
Bedingungslos schriftliche Angebote, in Prozenten der Ueberschlagspreise ausgedrückt, sind bis spätestens 7. Juni 1924, vormittags 11 Uhr, beim Forstamt einzureichen.
Kostenüberschlag und Bauplan liegt auf der Forstamtskanzlei zur Einsichtnahme auf.

Kathrein's Malzkaffee
ist gesund und hilft sparen!
- Echt nur im Knapp-Paket! -

Neue Betten, Bettfedern-Flaum, Bett-Barchente, Bett-Stellen, Matratzen-Breite, beste Qualitäten, billigste Preise.
Aug. Weik, Forzheim, Nonnenmühlgasse 3, Telefon 2788.
Hygien. Bettfedern-Reinigung. Derselben kann beigegeben werden. Aufarbeiten von Capok, Um- und Nachfüllen von Betten, Wachsen usw. Anerkannt reelle Bedienung.

Herrenalber Sprudel.
Neuerschlossene Quelle von hervorragender Beschaffenheit. Infolge nur sehr kurzer Frachtenlieferung das
billigste, natürlichste Tafelwasser.
Alleinvertrieb für das Oberamt Neuenbürg u. d. Aibtal:
Klosterbrauerei Herrenalb,
Gebr. Mönch, Telefon Nr. 3.

Zur gefl. Kenntnisnahme, daß wir am hiesigen Platz ein
Geschäft für moderne Karosserien
 aller Art



eröffnet haben.
 Durch langjährige Praxis sind wir in der Lage, jede Arbeit, wie Limousinen, Aufzüge, Sportwagen, in moderner raffinierter Ausführung herzustellen.
Umändern alter Typen, Reparaturen von Lastwagen und Chaisen

bei prompter und preiswerter Bedienung.
 Mit kostenlosen Vorschlägen u. Skizzen stehen wir jederzeit gerne zu Diensten.
 Wir garantieren im voraus für saubere, solide Ausführung unter Verwendung bester Materialien.

Gebrüder Mayer,
 Karosseriebau Neuenbürg Bahnhofstraße.

Pforzheimer Gewerbebank
 e. G. m. b. H.

Filiale Wildbad

Villa Franziska, König Karlstr. 91, Fernspr. Nr. 172.

Kassenstunden: Vorm. 9—12^{1/2} Uhr, nachm., ausgen. Samstags, 3—5 Uhr.

Eröffnung laufender Rechnungen mit und ohne Kreditgewährung.

Annahme von Spar-Einlagen
 auf bestimmte Termine fest, zu bestmöglichen Zinssätzen unter Garantie der Wertbeständigkeit.

An- und Verkauf von Wertpapieren, Devisen und fremden Geldsorten zum Tageskurs. — Einlösung von Schecks.

Verwaltung von offenen und geschlossenen Depots.

Gewissenhafte Beratung in allen Geldangelegenheiten, sowie rasche und sorgfältige Ausführung sämtlicher Aufträge.

Langholz-Verkauf.

Das Groß. Forstamt Kaltendronn in Gernsbach (Baden) verkauft aus Abl. I 42, 46, 68—79, 71, 94, 101, 104 der Kaltendronner Waldungen freihändig:

Buchenstämme: 3 Fm. IV., 0,38 Fm. V. Kl.

Fichtenstämme: 89 Fm. I., 383 Fm. II., 574 Fm. 3., 213 Fm. IV., 154 Fm. V. Kl.

Fichtenabstämme: 54 Fm. II., 15 Fm. III. Kl.

Tannenstämme: 69 Fm. I., 115 Fm. II., 226 Fm. III., 145 Fm. IV., 126 Fm. V., 95 Fm. VI. Kl.

Tannenabstämme: 10 Fm. I., 23 Fm. II., 25 Fm. III. Klasse.

Verkaufstermin: 12. Juni 1924, mittags 12 Uhr.

Zahlungstermin: 15. Juli 1924.

Einreichung des Angebotes gilt als Annahme der Verkaufsbedingungen. Anträge und Angebotsformulare durch das Forstamt. Das Holz wird vorgezeigt von dem Forstschreibermeister Rheinischmidt in Bottenau, Dientel in Kaltendronn und Schultheiß in Rombach.

Neuenbürg, den 31. Mai 1924.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, aus nah und fern, sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden beim Heimgang unseres lieben Entschlafenen

Wilh. Reif, Oshenwirt,

sprechen wir hiemit unseren innigsten Dank aus. Insbesondere danken wir dem Herrn Beisitzlichen für die trostreichen Worte, dem Vereinsverein, der Rheingemeinschaft, der Feuerwehr, dem Turnverein, Radfahrerverein, Reichsbund, Altersgenossen und allen denen, die ihn während seines Krankseins besuchten und erfreuten.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Friedr. Laggang, Steinmez, Arnbach,

liefert fertige Grabdenkmäler jeder Gestalt, in Granit, rotem und weißem Sandstein, sowie Einfassungen.

Prompte und rasche Lieferung und billige Preise.

Bezirks-Obst- und Gartenbau-Verein.

Zu der Versammlung am Sonntag in Döbel Fahrgelegenheit mit Lastauto von Neuenbürg. Abfahrt 11^{1/2} Uhr vom Marktplatz. Preis hin und zurück etwa 2 Mark. Anmeldungen bis spätestens Sonntag vorm. 7.18 Uhr Hauptbahnhof Neuenbürg bei Vorstand Knodel.

Krieger-Verein Neuenbürg.

Zu der Bezirkskrieger-Versammlung am Sonntag, den 1. Juni, in Döbel laden wir die Kameraden zu recht zahlreicher Beteiligung höflich ein. Abmarsch ^{1/2} 2 Uhr vom Stadtbahnhof.
 Die Vorstandschaft.

Calmbach.
 Habe einen noch gut erhaltenen

Ruhwagen,
 sowie ein junges **Milchschaf** zu verkaufen.

Geldin Barth bei der Sonne.

Herrenalb.
 Zu baldig. Eintritt jüngeres, 14—16 Jahre altes

Mädchen

für leichte Hausarbeit bei einzelnen Leuten gesucht.

Ludwig Stechenbauer, Apotheker, Döbelstraße 152.

Hand-Datumsstempel für Ranzleien und Büros sind sofort lieferbar.

G. Weid'sche Buchdruckerei.



Fahrräder verschiedener erstklassiger Marken, **Rähmaschinen** und **Brennabor-Rinderwagen**, sowie **Gummi** und **familiäre Ersatzteile** kaufen Sie sehr vorteilhaft bei **Albert Kallfass, Fahrrad-Handlung,** Telefon Nr. 7. Calmbach. Telefon Nr. 7. Bequeme Teilzahlung. Reparaturen unter Garantie.

Große schöne **Trikot-Reste** natur, gelb, weiß, farbig, zu Unterkleidern, Blusen, Kinder Sachen etc., versendet **E. Hansch, mech. Trikotweberei, Besigheim.**

Wer verkaufen will, muß inserieren.
Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.
 30. Mai 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2	Benz. Akt.	—	—
3 ^{1/2} % Dt. Reichsanf.	0,8	0,850	Baderus Akt.	10 ^{1/2}	10
4 ^{1/2} %	0,4	0,410	Charlottenburger	—	—
5 ^{1/2} %	0,07 ^{1/2}	0,071	Wasser Akt.	16 ^{1/2}	—
3 ^{1/2} % Württ. Staatsanleihe	0,35	0,350	Daiml. Mot. Akt.	2 ^{1/2}	2,5
4 ^{1/2} % W. Staatsanf.	0,220	0,240	Gongena	—	—
5 ^{1/2} % Elbb. Festwertbank Obl.	1,05	1,100	Eilen Akt.	3 ^{1/2}	3,6
5 ^{1/2} % Badische Kohlenanleihe	9,6	9,5	Germania	—	—
5 ^{1/2} % Rhein. Goldanleihe	1,6	1,5	Einoleum Akt.	7	—
Disch. Bank Akt. Disconto	8 ^{1/2}	8	Harp. Bergb. Akt.	58 ^{1/2}	54
Command. Ant.	8,8	8,37	Höchst. Fuch. Akt.	10 ^{1/2}	10,25
Reichsbank Ant.	25	23 ^{1/2}	Jungbans Akt.	5,2	4,90
Rhein. Creditbank Akt.	1 ^{1/2}	1,63	Kölln-Koito. Akt.	6,3	6
Württ. Vereinsbank Akt.	1,8	1,87	Kollmar & Jaurdan Akt.	17 ^{1/2}	18,5
Sapog Akt.	23 ^{1/2}	21,50	Körting Gew. Akt.	5 ^{1/2}	5,37
Korbh. Lomb. Akt.	5,4	5	Laurahütte Akt.	6 ^{1/2}	2,12
Alfg. Kohalb. Akt.	25	—	Magnus Akt.	2,2	—
Elekt. Hochb. Akt.	39 ^{1/2}	38,50	Mansfeld Akt.	3,6	—
U. C. O. Akt.	7 ^{1/2}	7,60	R. S. L. Akt.	4	3,9
Bob. Anilin Akt.	19 ^{1/2}	13,85	Rechnerveke Akt.	3,9	3,9
			Salz. Heilbr. Akt.	5,3	5
			Salz. Heilbr. Akt.	42	43
			Stuttg. Zuck. Akt.	2,7	2,55
			Wiert. Licht. Akt.	3,5	3
			Zellstoff	—	—
			Waldbhof Akt.	6,8	6,50

*Teig im Handfoll
 Kofnfa Algünna!*

Nimm nur halb soviel wie von Malzkaffee!
 Verwend' ihn wie Bohnenkaffee - ohne Zusatz.
 DEUTSCHES REICHS-PATENT 337168



Vorübergehende Preisermäßigung!
Eine Eisenbahnwaggonladung ungebleichtes Baumwolltuch
 ist eingetroffen. Dasselbe kommt wie folgt zum Versand:
 Ungebleichtes Baumwolltuch, solide Qualität, passend für Futter-
 zwecke etc., 78 Ctm. breit, per Meter 62 Pf.
 Ungebleichtes Baumwolltuch, fast unversehrlich, 78 Ctm. breit, per
 Meter 79 Pf.
 Aus günstigen Abchlüssen offerieren femer:
 Hemdenkatoen, fast unzerreißbar, feinsädig aus erstklassigen Garnen,
 72 Ctm. breit, per Meter 79 Pf.
 Weißes Hemdentuch aus etwas stärkeren Garnen, solide rein weiß
 gebleichte Qualität, 80 Ctm. breit, per Meter 78 Pf.
 Weißes Hemdentuch, erstklassige Qualität, 80 Ctm. breit, per
 Meter 1 Mk.
 Sämtliche Waren sind aus rein amerikanischer Baumwolle her-
 gestellt. Versand per Radanahme von 10 Mark an; ab 20 Mark
 portofrei. Wenn nicht entsprechend, bezahle den vollen Betrag zurück.
Josef Witt, Fabrikation und Versand, Weiden 398,
 (Oberpfalz).
 Neuestes und größtes Versandgeschäft der Art in Bayern.

Geschäfts-Empfehlung.
 Der verehrl. Einwohnerschaft von Jedrennack und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich ab 1. Juni ds. Js. das elterliche Geschäft **„Gasthaus zum „Hirsch“** übernehme und bitte, das meinen Eltern entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen. Ich werde bemüht sein, meine werthe Kundenschaft auf das Sorgfältigste zu bedienen.
 Hochachtungsvoll
Albert Brodbeck, Metzger u. Wirt.

Neuenbürg.
1a. frische Tafelbutter
 empf. hlt. billigt **E. Gödelmann.**
 Einzig **Burschen** zum Wasserabfüllen, sowie einlage **Mädchen** zum Fleisch netzieren werden eingestellt von der **Herrenalber Sprudlgerechenschaft.**
 Schönberg
 Tächtiges, zuverlässiges **Mädchen,** nicht unter 17 Jahren, für Zimmer und Küche sucht **Gasthaus und Pension Linde,** Friedrich Löcher.

Ev. Gottesdienste in Neuenbürg.
 Sonntag, den 1. Juni, Sonntag Traudi, 10 Uhr Predigt (Kol. 3, 1—10; Lied Nr. 378);
 Stadtkirch. Eisenhut.
 1/2 Uhr Christenlehre (Töchter);
 Stadtkirch. Eisenhut.
 Mittwoch abend 8^{1/2} Uhr Bibelstunde (zugleich Vorbereitung auf das Abendmahl des Pfingstfestes);
 Stadtkirch. Eisenhut.
 Anschließend Beichte.

Kathol. Gottesdienst in Neuenbürg.
 Sonntag, den 31. Mai, abends 8 Uhr letzte feierliche Maiandacht
 Sonntag, den 1. Juni, 7 Uhr Frühgottesdienst, 9 Uhr Predigt und Amt, 11 Uhr Christenlehre und Andacht.
Methodisten-Gemeinde
 Prediger E. Lang.
 Sonntag, den 1. Juni, Vorm. 10 Uhr Predigt, 11 Uhr Sonntagsschule, Mittwoch abend 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde.